

Das Herz schlägt das Portemonnaie

Ja zur Schlösser-Initiative – Kulturgüter bleiben im Eigentum des Kantons

Von Boris Gygax

Liestal. Bereits um 13.30 Uhr gratuliert Hans Furer der Bottminger Gemeindepräsidentin und Initiantin Anne Merkofer: «Glückwunsch zur zweitbesten Lösung», sagt der Co-Präsident des Komitees «Beste Lösung für Schlösser und Hof – Ja zum Gegenvorschlag» lachend. Mit dem Resultat könne er leben.

Schon früh zeichnete sich das deutliche Ja ab. Zum Schluss stimmten gut 60 Prozent für die Initiative. Der Gegenvorschlag wurde knapp abgelehnt. Furer zeigt sich einsichtig. «Wir haben es verpasst, die Debatte auf die Sachebene zu bringen. Der Gegenvorschlag liess sich schlechter verkaufen.» Als Beweis zückt er sein Handy. «Sehen Sie? Auf den Onlineportalen schreibt man, «die Schlösser bleiben im Besitz des Kantons». Das ist falsch! Auch beim Gegenvorschlag wäre der Kanton Besitzer gewesen», sagt Furer und nennt damit die Schwäche seiner Wahlkampfparolen: die juristische Fachsimpelei.

Sparen ist Kopfsache

Sie sei überglücklich und erleichtert, sagt Merkofer. Auch das Resultat ihrer Gemeinde, knapp 1500 Ja- zu gut 500 Nein-Stimmen, mache sie stolz. Mit alt Landrat Paul Schär und EVP-Landrätin Elisabeth Augstburger, ebenfalls Mitglieder des Initiativkomitees, sitzt sie in einer kleinen Runde. Als Hans Rudolf Tschopp dazustösst, das Gewissen der Schlösser-Initiative, kennt die Freude keine Grenzen. «Ich war ehrlich gesagt im Vorfeld eher pessimistisch, habe nicht unbedingt daran geglaubt», sagt Tschopp. Das Baselbiet habe das Herz sprechen lassen. Damit forderte es wieder eine höhere Priorität für seine Kulturgüter, schliesst Tschopp daraus.

«Jetzt müssen wir noch Edi benachrichtigen», schlägt Augstburger vor.

Denn auch alt Regierungsrat Eduard Belser machte sich für die Initiative stark, weil aber zurzeit in den Skiferien. «Ich schreibe eine SMS und ...», will Merkofer vorschlagen. «Ich rufe ihn an», unterbricht sie Schär. «Hoi Edi, hast du es schon erfahren ...?»

Das Baselbiet habe sich für das Herz entschieden und nicht für das Portemonnaie, sagte der inzwischen dazugestossene alt FDP-Landrat Adolf Brodbeck. «Sparen ist Kopfsache, die Schlösser Herzenssache», fügt er an und fasst sich dabei an die Brust. Augstburger nickt. Es sei ein Stück Heimat, das in die Hände des Kantons gehöre.

Schär kommt in die Runde zurück. «Edi war extrem nervös, aber jetzt könne er wieder mit Freude auf den Wildenstein», erzählt er lachend. Die Annahme der Initiative sei nun eine Chance, damit man eine optimale Lösung finden könne. Bewusst sei eine unformulierte Initiative lanciert worden, sagt Schär. Jetzt liege der Ball beim Kanton, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. «Am besten auch mit der Basellandschaftlichen Kantonalbank», fügt Merkofer an.

Engagement der BLKB unsicher

Bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB) steht ein Engagement aber auf wackligen Beinen. «Wir müssen das neu diskutieren», sagt der BLKB-Sprecher Christoph Loeb. Eine Überführung von Schloss Wildenstein in eine Stiftung sei hinfällig. «Wir brauchen Planungssicherheit. Das Jubiläum ist 2014, eigentlich müssten wir schon heute Klarheit haben», sagt Loeb. Die Christoph Merian Stiftung erteile eine klare Absage. Man habe den Volksentscheid zur Kenntnis genommen. Kauf und Pflege des Hofes Wildenstein seien aber dadurch nicht mehr möglich, lässt Sprecher Toni Schürmann vermelden.



Bleibt beim Kanton. Schloss Wildenstein wird vorerst nicht von einer Stiftung der Basellandschaftlichen Kantonalbank übernommen. Foto André Mülhaupt

Man habe den Volksentscheid zur Kenntnis genommen, sagt Regierungsrätin Sabine Pegoraro. Eine Lösung mit einer Stiftung sei zwar immer noch möglich, betont sie. Aber man habe jetzt eine Chance verpasst, Geld einzusparen. Den Betrag von jährlich 700 000 Franken, der als Unterhaltskosten für die Schlösser Wildenstein und

Bottmingen im Entlastungspaket enthalten ist, müsse man jetzt anderswo einholen. «Ich möchte jetzt aber nicht den schwarzen Peter den Initianten zuspielen», sagt Pegoraro.

Auch für sie war der Ausgang der Schlösser-Initiative keine Überraschung: «Ich habe erwartet, dass sie angenommen wird.»

Kommentar

Tradition vor Staatskasse

Von Boris Gygax

Die Baselbieter haben die Schlösser-Initiative mit grosser Mehrheit angenommen. Das ist keine Überraschung. Schon im Vorfeld, zum Beispiel an den verschiedenen Parteitagungen, zeichnete sich ein klares Ja ab. Das Baselbiet habe das Herz sprechen lassen, weil es für seine eigenen Kulturgüter sorgen will, sagen die Abstimmungsgewinner: Tradition vor Staatskasse.

Doch hat das Stimmvolk wirklich aus dieser Überzeugung heraus für die Initiative gestimmt? Sind es nicht viel eher Schlagwörter wie Zerstückelung, Verkauf und Verscherbeln, die für ein so klares Ja gesorgt haben? Die Initianten verbreiteten Hirngespinnste im Abstimmungskampf, welche die Befürworter des Gegenvorschlags nicht mehr vertreiben konnten. Mit der Annahme bekommt der Kanton die Chance, eine breit abgestützte Lösung zu erarbeiten. Vielleicht sogar die ideale Lösung, welche Tradition und Budgetsorgen vereint. Doch zu welchem Preis? Die Merian-Stiftung wird bei dieser Neugestaltung nicht mehr mitmachen. Damit entgehen dem Kanton einige Millionen Franken, die er momentan gut gebrauchen könnte. Und die Kantonalbank lässt ihr Engagement offen. Der Kanton wird also anderswo sparen müssen. Der Aufschrei der Initianten wird dann wahrscheinlich nicht ausbleiben. boris.gygax@baz.ch



Schulhaus Wilmatt wird gebaut

Interessensgemeinschaft hatte gegen Neubau Referendum ergriffen



Einzug bestenfalls 2016. Therwil stimmt Projektierungskredit von 2,195 Millionen Franken für das Primarschulhaus Wilmatt zu.

Von Tobias Gfeller

Therwil. 60 Prozent der Therwiler Stimmberechtigten sagten gestern Ja zum Projektierungskredit über 2,195 Millionen Franken für den Neubau des Primarschulhauses Wilmatt. Gemeindepäsident Reto Wolf (FDP) ist erleichtert: «Ich bin über das deutliche Resultat sehr glücklich. Dies ist heutzutage bei solch grossen Projekten nicht selbstverständlich.» Es habe viele Punkte gegeben, gegen die man argumentieren konnte. Daniel Bollinger als Vertreter der Interessensgemeinschaft Wilmatt, die das Projekt vehement bekämpfte, zeigte sich enttäuscht über die Annahme, war aber mit den vierzig Prozent Nein-Stimmen zufrieden: «Es ist für einen Kampf David gegen Goliath ein gutes Resultat.» Die Stimmbeteiligung lag bei 51 Prozent.

Ein neues Schulhaus ist nötig, da ab 2015 mit Harmos die Primarschulstufe auf sechs Jahre erweitert wird. 1973 hat die Gemeinde das Land gleich an der Grenze zu Oberwil für den potenziellen Bau eines Quartierschulhauses aufgekauft. Auf den zwei Parzellen be-

finden sich momentan ein grosser Spielplatz und eine freie Wiese. Genau dort setzte der Widerstand der IG Wilmatt an. Ursprünglich ging der Gemeinderat davon aus, die südliche Hälfte der 9400 Quadratmeter grossen Fläche frei lassen zu können und für das Schulhaus nur die nördliche Hälfte der Parzellen zu verbauen.

Vorwurf des Wortbruchs

Mit der Zeit hat sich herausgestellt, dass der Bau von zwei relativ tiefen Gebäuden optimal ist. «Die niedergeschossigen Gebäude passen sich optimal ins Quartier ein. Niemandem wird die Sonne weggenommen», argumentierte Gemeindepresident Wolf im Gemeinde TV. Integriert sind zwei Kindergärten und eine Aula. Für Bollinger ist der Bau zu «überdimensioniert». Geht es nach seiner Meinung, hätte ein Schulhaus, das Therwil braucht, auch auf der Hälfte Platz. Für Bollinger verliert der Spielplatz seine Wirkung, weil nicht eine Gesamtfläche am Stück frei bleibt. Der Gemeinderat argumentierte, dass flächenmässig gesamthaft gleich viel frei bleibt wie beim ursprünglichen Vorschlag.

Doch die IG Wilmatt warf vor allem dem zuständigen Gemeinderat Rolf Frei (CVP) Wortbruch vor. Gemeindepresident Wolf nimmt seinen Kollegen in Schutz: «Ein paar Äusserungen waren im Nachhinein unglücklich, aber versprochen haben wir nichts.» Nach der Abstimmung gibt Wolf zu, dass «der emotionale und lange Kampf um das Schulhaus sehr viel Energie kostete».

Die Debatten gingen so weit, dass die IG Wilmatt wegen Wortbruchs beim Regierungsrat Stimmrechtsbeschwerde einlegte, die jedoch abgemittelt wurde. Auch zeigte sich der Regierungsrat im Abstimmungskampf auf der Gemeindehomepage sehr aktiv, was den Gegnern ebenfalls missfiel. Doch am Ende blieb der Widerstand zwecklos.

Gemeindepresident Wolf hofft, «in neun bis zwölf Monaten den Baukredit parat zu haben». Der Gemeinderat geht davon aus, dass abschliessend das Schulhaus rund 28 Millionen Franken kosten wird. Aufgrund des Referendums ist man bereits knapp ein Jahr in Verzug. Der Einzug der Schulkinder ist bestenfalls Mitte 2016 möglich.

Der Erhebung einer Gasttaxe steht nichts mehr im Weg

Deutliches Ja zur entsprechenden Verfassungsrevision

Von Thomas Gubler

Liestal. Die Verfassungsrevision über die Erhebung einer Gasttaxe im Kanton Baselland war mit Sicherheit die am wenigsten bestrittene Abstimmungsvorlage vom Wochenende – auf Bundes- wie auf Kantonsebene. Und so unbestritten die Vorlage war, so deutlich fiel am Wochenende das Abstimmungsergebnis aus. Mit 52 285 Ja (68,6 Prozent) gegen 23 935 Nein (31,4) wurde die Gasttaxe vom Stimmvolk geradezu durchgewinkt. Ein eigentlicher Abstimmungskampf hatte nicht stattgefunden. Immerhin mahnten Plakate die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger daran, dass im Baselbiet nicht nur gewählt und über das Schicksal der Schlösser entschieden wird.

Doch so hoch die Zustimmungsrate insgesamt auch war, einheitlich ist das Resultat dennoch nicht. Fünf Gemeinden des Bezirks Sissach lehnten die Vorlage ab, nämlich Häfelfingen mit 56,25 Prozent Nein, Wittinsburg mit 54,5, Rünenberg mit 52,4, Läfelfingen mit 52,2 und Kilchberg mit 52 Prozent Nein. In der Gemeinde Nussdorf kam es zum Patt – genau 40 Stimmende dafür und 40 dagegen.

Duggingen an der Spitze

Entsprechend lag der Bezirk Sissach mit 60,5 Prozent Zustimmung deutlich unter dem Schnitt. Aber auch der Bezirk Waldenburg kam «nur» auf 61,11 Prozent. Allerdings verzeichneten dort alle Gemeinden Ja-Mehrheiten. Einen offensichtlichen Grund für die relative Zurückhaltung der Oberbaselbieter Stimmbürger der Gasttaxe gegenüber gibt es nicht, oder er ist zumindest nicht auf Anhieb auszumachen. Auch lässt sich kein wirklicher Stadt-Land-Graben ausmachen, selbst wenn der Bezirk

Arlesheim mit 71,3 Prozent Ja-Stimmen an der Spitze der Bezirke steht. Am deutlichsten zugestimmt hat nämlich die Laufentaler Gemeinde Duggingen mit einem Ja-Anteil von 75,41 Prozent, gefolgt von Muttenz (74,44) und Therwil (73,52).

Abgestimmt werden musste nur über die Verfassungsbestimmung zur Einführung der Gasttaxe. Das entsprechende Gesetz gelangte nicht an die Urne, weil es im Landrat mit 82 Ja zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen das Vierfünftelmehr locker erreicht hatte. Über Verfassungsbestimmung aber muss das Volk zwingend abstimmen. Und eine Verfassungsgrundlage war deshalb nötig, weil die Gasttaxe eine sogenannte Kopfsteuer ist. Und neue Steuern bedürfen zur Einführung einer verfassungsmässigen Grundlage.

3.50 Franken pro Person

Erhoben wird die Gasttaxe von in Hotels und hotelähnlichen Betrieben übernachtenden Gästen, die nicht Wohnsitz im Kanton Baselland haben und älter als zwölf Jahre sind. Die Taxe beträgt 3.50 Franken pro Person und Übernachtung. Sie wird für höchstens 30 Tage pro Jahr erhoben. Ab dem 31. Tag übernachtet der Gast steuerfrei.

Ausgegangen wird von einem jährlichen Reinertrag aus der Gasttaxe in der Höhe von etwas mehr als einer Million Franken. Davon soll gut die Hälfte für die Abgabe von Mobility-Tickets des Tarifverbundes Nordwestschweiz an die Gäste verwendet werden. Ebenfalls soll eine Gästekarte eingeführt werden, die zu vergünstigten Eintritten in touristisch attraktive Institutionen berechtigt. Weitere Verwendungszwecke sind die finanzielle Förderung von Anlässen und die Finanzierung von Material für die Gästeinformation.